

Niederschrift

über die 27. Sitzung des Stadtrates Wörth a. Main am 28. Juli 2010

Zu der Sitzung waren alle Stadträte ordnungsgemäß geladen. Erschienen sind der Erste Bürgermeister und 16 Stadtratsmitglieder. Die Stadträte Siebentritt, Schulz, Schwarz und Wicha fehlten entschuldigt.

Ferner waren anwesend: VOAR Firmbach
VAI R. Ühlein
VAng. F. Zahn
Forstrevierleiter R. Steinhardt

Die Sitzung war öffentlich von TOP 1-8, nichtöffentlich von TOP 9-13 und dauerte von 19.00 Uhr bis 22.00 Uhr. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Beschlüsse einstimmig gefasst.

1. Bürgerfragestunde

Ernst Schreiber vom Arbeitskreis Altstadtfest dankte dem Stadtrat für die mittlerweile zehnjährige Unterstützung des Wörth Altstadtfestes. Die Veranstaltung habe inzwischen überregionale Bedeutung und sei ein Werbeträger für die Stadt Wörth a. Main. Für die neue Homepage der Stadt Wörth a. Main wünscht er sich eine Verlinkung mit der Homepage des Altstadtfestes und auch der örtlichen Vereine.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates am 19.05.2010

Der Stadtrat beschloss, die Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates am 16.06.2010 zu genehmigen.

3. Dienstjubiläum des Bauhofmitarbeiters Herbert Litzel

Am 06.07.2010 konnte der lange Jahre im Stadtwald und nunmehr im Bauhof eingesetzte städtische Arbeiter Herbert Litzel sein 40-jähriges Dienstjubiläum begehen. Der berufliche Werdegang begann am 06.07.1970 beim Staatlichen Forstamt Eppenbrunn. Dort machte Herbert Litzel eine Ausbildung zum Waldfacharbeiter und war bis zum 31.07.1978 auch dort beschäftigt. Seit dem 01.08.1978 war er als Waldfacharbeiter im Stadtwald der Stadt Wörth beschäftigt. Zum 01.05.1997 wechselte er vom Stadtwald in den städtischen Bauhof. Bürgermeister Dotzel betonte, dass Herbert Litzel seine Aufgaben stets mehr als erfüllt habe. Als Mann mit dem „grünen Daumen“ tragen die öffentlichen Blumenbeete im Stadtgebiet Wörth die Handschrift des Arbeitsjubilars.

Bürgermeister Dotzel überreichte Herbert Litzel zum 40-jährigen Dienstjubiläum eine Ehrenurkunde und ein Geschenk.

4. Forstbericht 2009.

Forstrevierleitung und Stadtkämmerei haben den Forstbericht für das Jahr 2009 erstellt.

Bei Gesamteinnahmen von 369.593,21 € und Gesamtausgaben von 361.875,24 € ergibt sich ein Überschuss von 7.717,97 € (Vorjahr: 11.440,35 € Defizit). Der zweite Bauabschnitt des Unteren Rebheckenweges konnte im September 2009 beendet werden. Diese Maßnahme verursachte nochmals Kosten von 7.413,00 €. Positiv hat sich auf das Ergebnis ausgewirkt, dass die beiden Waldarbeiter wieder für drei Monate im städtischen Bauhof beschäftigt wurden und insofern Lohnkosten umverteilt werden konnten.

Insgesamt wurden 5.933 fm Holz eingeschlagen. Dies entspricht etwa 106% des neuen Soll-Einschlags von 5.600 fm.

Im FWJ 2009 stieg die Masse an verkauftem Polterholz von 742 Ster auf 1095 Ster. Die Nachfrage ist nach einem kurzen Rückgang um 80 Ster im Jahr 2008 wieder stark angestiegen.

Aus diesem Grund regte Forstrevierleiter Steinhardt die Reduzierung der Höchstbestellmenge für den Winter 2010/2011 auf 18 Ster pro Haushalt an.

Der Stadtrat nahm den Forstbericht 2009 zur Kenntnis.

Bürgermeister Dotzel lud alle Stadträte zur Waldbegehung am Samstag, 07.08.2010 um 10.30 Uhr ein. Treffpunkt ist die Michaelshütte im Unteren Wald.

5. **Machbarkeitsstudie für eine bedarfsgerechte Breitbandversorgung im Landkreis Miltenberg**

Obwohl die Breitbandversorgung in der Stadt Wörth im Vergleich zu anderen Gemeinden im Landkreis grundsätzlich ausreichend ist, wurden in den letzten Monaten insbesondere von gewerblicher Seite wiederholt Forderungen nach einer schnelleren Anbindung erhoben. Eine von der Stadt durchgeführte Bestandserhebung hat dies insbesondere für die Gewerbegebiete in Richtung Trennfurt bestätigt.

Nächster Schritt im klassischen Verfahren wäre die Durchführung einer sog. Markterkundung, mit der mögliche Anbieter auf den Ausbaubedarf hingewiesen werden und somit die Möglichkeit haben, hierfür Angebote abzugeben.

Zwischenzeitlich hat jedoch das Landratsamt Miltenberg das Ausschreibungsverfahren für eine kreisweite Machbarkeitsstudie eröffnet, die aufzeigen soll, wie mittelfristig eine Versorgungsleistung von 50MBit/s zu erreichen ist. Die Kosten für diese Studie werden voraussichtlich zwischen 100.000 und 150.000 € liegen. Es ist vorgesehen, dass das Landratsamt im Auftrag der Gemeinden einen Zuwendungsantrag für die Erstellung der Machbarkeitsstudie bei der Regierung von Unterfranken einreicht. Hierfür ist es allerdings erforderlich, dass die Gemeinden das Landratsamt beauftragen und sich auch bereit erklären, die jeweils je Gemeinde bewilligte Zuwendung an das Landratsamt weiterzuleiten. Der Landkreis hat sich bereiterklärt, für dieses Projekt eigene Mittel in Höhe von 40.000 € bereitzustellen. Die sich dann noch ergebende Deckungslücke (voraussichtlich zwischen 0 und 30.000 €) soll auf die Kommunen nach Einwohnerzahl verteilt werden.

Die Verwaltung empfiehlt, diesem Verfahren zu folgen. Die Bündelung aller Kommunen verleiht dem Landkreis ein ungleich höheres Gewicht auf dem Markt und damit bessere Voraussetzungen für eine rasche Verwirklichung der angestrebten Übertragungsraten.

Der Stadtrat beschloss, sich an der kreisweiten Machbarkeitsstudie zur Breitbandversorgung zu beteiligen.

6. **Sanierung des Gehwegs Birkenstraße- Auftragsvergabe**

Für die Sanierung des Gehweges in der Birkenstraße (Nordseite) wurde eine beschränkte Ausschreibung durchgeführt. Folgende Angebote liegen vor:

Fa. Klemens Schork, Wörth	36.778,14 €
Fa. KBF, Frammersbach	35.878,14 €
Fa. Stix, Stockstadt	43.007,20 €

Die Angebote wurden von der Bauverwaltung geprüft. Die Verwaltung schlägt vor den Auftrag an das wenigstnehmende Unternehmen KBF Kirsch Bau GmbH zu vergeben.

Bürgermeister Dotzel trug das Ergebnis der Baugrunduntersuchung für den Gehweg in der Birkenstraße durch die Fa. GGC vor. Lt. GGC muss der Gehweg von Grund auf erneuert werden, eine oberflächliche Reparatur verspricht keine dauerhafte Lösung.

Stadtrat Richard Oettinger informierte nochmals über die Hintergründe. Seit 7 Jahren schwelt der Streit um den Gehweg. An den Kosten müssten sich lt. Ausbaubeitragssatzung die Anwoh-

ner beiderseits der Birkenstraße zu 80 % beteiligen. Die südlichen Anwohner allerdings wehren sich dagegen, für die Schäden am Gehweg aufzukommen, die von den Bewohnern der Miets Häuser gegenüber durch das Überfahren mit Autos verursacht würden. Vielmehr müsste man die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Franken (GWBF) in die Pflicht nehmen, die diese Wohnblöcke gebaut und die Parkstreifen jenseits des Gehweges angelegt hat. Deshalb stellte er für die SPD-Fraktion folgende Anträge:

Die Auftragsvergabe soll zurückgestellt werden.
Die Verwaltung soll ein Gespräch mit den Anwohnern und der GWBF führen.
Die Beteiligungshöhe an den Kosten des Ausbaues soll überprüft werden.

Dies löste eine kontroverse Diskussion unter Beteiligung aller Stadträte aus. Hauptpunkte waren die Trennung von Ausbau und Abrechnung, die sofortige Auftragsvergabe oder nicht, die Gefahrenabwehr, Gespräche mit allen Beteiligten.

Im Ergebnis der Diskussion beschloss der Stadtrat:
Die Auftragsvergabe wird zurückgestellt.
Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem wenigstnehmenden Anbieter eine Fristverlängerung zu erwirken.
Die Verwaltung wird beauftragt, bis Mitte September alle Beteiligten, insbesondere die GWBF zu einem gemeinsamen Gespräch einzuladen.

7. Städtebauförderung – Aufnahme in das Förderprogramm „Aktive Stadtteilzentren“

In seiner Sitzung vom 16.06.2010 hatte der Stadtrat über die Aufnahme in das Städtebauförderungsprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ beraten und dabei wenigstens teilweise die Auffassung vertreten, als Ankerprojekt die Verbesserung des Bahnhofsbereichs in Angriff zu nehmen und den Umbau der Landstraße zurückzustellen. Anlässlich der obligatorischen Vorbesprechung zur Bedarfsmitteilung für das Jahr 2011 wurde dies am 20.07.2010 mit dem Sachgebiet 34 der Regierung von Unterfranken erörtert. Gemäß Aktenvermerk der Bauverwaltung wurde folgendes besprochen:

„Bgm. Dotzel berichtet, dass der Stadtrat in seiner letzten Sitzung den Vorschlag einer Fraktion erörtert hat, vor einem Umbau der Landstraße die strukturellen und gestalterischen Probleme im Bahnhofsbereich zu lösen und hierfür die Aufnahme in das Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ zu beantragen.“

Frau Kircher macht deutlich, dass sich dies aus Sicht der Regierung, SG 34 als äußerst schwierig darstellen würde, da das Programm auf den Erhalt und die Weiterentwicklung zentraler innerörtlicher Versorgungsbereiche als Standorte für Wirtschaft, Kultur, Wohnen, Arbeiten und Leben abzielt. Die Fördermittel sind bestimmt für Investitionen zur Profilierung und Standortaufwertung von Ortszentren, innerstädtischen Quartieren und Stadtteilzentren. Ziel ist es, von Funktionsverlusten, insbesondere gewerblichen Leerständen, betroffene zentrale Versorgungsbereiche im Rahmen einer städtebaulichen Gesamtmaßnahme nachhaltig zu stärken. Diese Voraussetzungen liegen im Bahnhofsumfeld nicht vor. Hier sind nach derzeitigem Kenntnisstand keine Maßnahmen geplant, die mit Mitteln aus der Städtebauförderung unterstützt werden könnten.

Ebenso wie eine Neugestaltung der Luxemburgstraße und des Marktplatzes kommt eine Neuordnung des Bahnhofsumfelds höchstens als Folgeprojekt, auch im Sinne einer Mittelbündelung, in Betracht. Als Einstieg in das Programm wäre die Neugestaltung der Landstraße von großem Vorteil.

Frau Kircher schlägt deshalb die Erarbeitung eines mit dem Stadtrat, den Bürgern und Akteuren im Programmgebiet abgestimmten integrierten Stadtentwicklungskonzepts vor, an dessen Ende ein Maßnahmen-, Kosten- und Finanzierungsplan steht. Es ist davon auszugehen, dass auch im Hinblick auf das Thema Einzelhandel und Dienstleistung der Umbau der Landstraße eine vordringliche und große Priorität zuzuschreiben ist, insbesondere was den Einsatz von

Städtebaufördermitteln anbelangt. Gleichzeitig gibt sie zu verstehen, dass angesichts der geringen Fördermittel und der Vielzahl interessierter Gemeinden auch hierfür eine Aufnahme in das Förderprogramm nicht garantiert werden kann. Erforderlich sind eine zügige Entscheidung des Stadtrates und eine möglichst weitgehend konkretisierte Konzeption, die als Aufnahmeantrag zum Bund-Länderprogramm IV, „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ mit der Bedarfsmittelung spätestens zum 1.11. bei der Regierung vorliegen muss. Das bereits in Auftrag gegebene Einzelhandelsentwicklungsgutachten und die Vorbereitenden Untersuchungen zum Sanierungsgebiet Neu-Wörth sind hierfür wichtige Grundlagen. Um das tatsächliche Engagement der Stadt zu dokumentieren, wäre die möglichst umgehende Vorlage eines Zuwendungsantrags (mit Entwurfsplanung) hilfreich.

Die letzte Sitzung des Stadtrates vor der Sommerpause wird am 28.07. stattfinden. Da Frau Kircher terminlich anderweitig gebunden ist, soll angefragt werden, ob Herr Dr. Salm an dieser Sitzung teilnimmt, um die für die Stadt erwachsenden Vorteile des Umbaus der Landstraße zu verdeutlichen. gegebenenfalls soll auch eine Infofahrt zu verwirklichten vergleichbaren Projekten (z.B. Alzenau, Höchberg) angeboten werden.“

Aufgrund anderweitiger dienstlicher Verpflichtungen ist eine Teilnahme von Frau Kircher, der zuständigen Referentin, an der Stadtratssitzung leider nicht möglich.

Da auch Herr Dr. Salm nicht an der Stadtratssitzung teilnehmen kann, wurde am Freitag, 23.07. ein Treffen mit Dr. Salm organisiert. Daran teilgenommen haben neben Dr. Salm, der Städteplaner Harald Neu, Bürgermeister Dotzel sowie die Stadträte Jens Marco Scherf, Heinz Ballonier und Heinrich Hennrich.

Im Ergebnis dieser Sitzung ist man zu dem Schluss gekommen, dass der Umgestaltung der Landstraße Priorität eingeräumt werden sollte mit der Option, dies auf die Odenwaldstraße, Luxemburgstraße und Pfarrer-Adam-Haus-Straße zu erweitern. Der Antrag auf Aufnahme ins Förderprogramm eilt, da die Liste der Bewerber lang ist. Die Mittel seien nicht unbegrenzt und viel Geld fließe in die östlichen Bundesländer. Die Bürger müssen von Anfang an beteiligt werden. Nach der Antragstellung wäre dann per Wettbewerb ein Planer zu ermitteln, Ideen der Bürger eventuell in Arbeitskreisen zu entwickeln und Wege der Finanzierbarkeit zu finden.

Nach kurzer Diskussion sprach sich der Stadtrat einstimmig für eine Bürgerversammlung im September aus, die von einem fachkundigen und externen Moderator geleitet werden soll. Der Moderator soll über die Rahmenbedingungen und Möglichkeiten informieren. Erst nach dieser Bürgerversammlung wird entschieden, ob der Antrag für das Förderprogramm „Aktive Stadtteilzentren“ gestellt wird.

8 Anfragen

- Stadtrat Kettinger regte an, am Radweg Schaukästen für die Gewerbetreibenden anzubringen. Evtl. könnte eine Finanzierung zusammen mit dem Mainbogen-Verein erfolgen. Bgm. Dotzel sagte zu, dies zu prüfen.
- Stadtrat Hofmann fragte nach, wie der Sachstand des neuen Grüngutplatzes sei. BGM Dotzel teilte mit, dass noch kein Baurecht erteilt sei und das LRA noch verschiedene Punkte überprüft.
- Stadtrat Dreher fragte nach, ob der Ausbau Spessart-, Schifferstraße im Jahr 2011 erfolgen wird. BGM Dotzel teilte mit, dass dies in den Haushaltsberatung 2010/11 beraten wird.
- Stadtrat Lenk fragte nach, wie der Sachstand des vor über 2 Jahren beauftragten Organisationsgutachten ist. BGM Dotzel teilte mit, dass noch nicht alle Mitarbeiter ihre Fragebögen abgegeben hätten.
- Stadtrat Jens Marco Scherf fragte nach dem Sachstand der Nahwärmeversorgung. BGM Dotzel teilte mit, dass das Gutachten vorliege. Aufgrund der hohen Investitionskosten wird es nach derzeitigem Ermessen keine Nahwärmeversorgung geben. Ein Problem der Nahwärmeversorgung ist auch die Wärmeabnahme im Sommer. Es werden jedoch noch verschiedene kleinere Varianten von der Verwaltung geprüft.

Stadträtin Zethner fragte nach dem Sachstand der Kinderkrippe und der Sanierung des Kindergartens I. BGM Dotzel teilte mit, dass die Sanierung 1,2 Mio € und ein Neubau 1,5 Mio € Kosten würde.

Wörth a. Main, 18.08.2010

Dotzel
Erster Bürgermeister

R. Ühlein
Protokollführer